

- B. Lösungen

A. Problem und Ziel

- spezifische Risiken (S. 1, Absatz 2, 2. Zeile)
- Defizit behördlicher Aufsichtsinstrumente (S. 1, Absatz 2, 5. Zeile)
- Begünstigung kriminogener Strukturen (S. 1, Absatz 2, 6. Zeile)
- Implementierung gesundheitlicher und sicherheitsbezogener Mindestanforderungen (S. 1, Absatz 2, 7./8. Zeile)

Welche Evidenzen gibt es für die Behauptung der spezifischen Risiken, darauf bezogener mangelnder Aufsichtsinstrumente, daraus resultierender „kriminogener“ Strukturen und der Notwendigkeit der Implementierung gesundheitlicher und sicherheitsbezogener Mindestanforderungen?

Was wird unter dem Begriff kriminogen verstanden? Wodurch ist er inhaltlich gefüllt? Wann ist seine Anwendung zulässig?

Wodurch ist die Notwendigkeit gesundheitlicher und sicherheitsbezogener Mindestanforderungen begründet?

Rechtfertigen die Belege, die bei der Beantwortung dieser Fragen vorgebracht werden einen Eingriff in das Grundrecht auf Schutz der Intimsphäre?

B. Lösungen

- Erlaubnispflicht für alle Prostitutionsgewerbe (S. 1, Absatz 3, 4. Zeile)
Sofern eine Erlaubnispflicht für alle Prostitutionsgewerbe gesetzlich normiert wird, so betrifft dies jede Art von Tätigkeit die auf Dauer auf Gewinnerzielung (= gewerbliche Tätigkeit) ausgerichtet ist. Damit würde ebenfalls die allein stattfindende auf eine bestimmte Dauer angelegte sexuelle und erotischen Dienstleistung eines Menschen in seiner Wohnung (Hauptwohnsitz) erlaubnispflichtig sein. Ist dass so gewollt?

- Meldepflicht für Prostituierte (= gewerblich sexuelle und erotisch Dienstleistungen Anbietende) (S. 1, Absatz 3, 7. Zeile)

Ist es grundrechtlich zulässig von einem Menschen zu verlangen, dass er Arten der intim-sexuell-erotischen Arrangements, die er privat (z.B. gegen Geld oder geldwerte Vorteile) trifft, gegenüber aussenstehenden Dritten zu offenbaren hat?

- Heranwachsende

Ist es zulässig, sogenannte Heranwachsende pauschal einer Ungleichbehandlung gegenüber anderen geschäftsfähigen Erwachsenen zu unterziehen? Ist der Begriff des Heranwachsenden, der im Kinder- und Jugendhilferecht begründet wird und bestimmte Rechtsvorteile für die durch ihn definierten Rechtssubjekte haben mag, zulässigerweise in den Rechtszusammenhang eines ProstSchG zu übernehmen, insbesondere, wenn die Mitglieder der so bezeichneten Gruppe dadurch Freiheitsrechte verlieren und zusätzliche Pflichten zu erfüllen haben?

- persönlich wahrzunehmende Informations- und Beratungsgespräche (S. 1, Absatz 3, 13. Zeile)
Gibt es vergleichbare Pflichten in anderen Berufen? Ist es zulässig, dass Menschen zu den von Ihnen getroffenen intim-erotisch-sexuellen Arrangements der Zwangsberatung unterzogen werden?